



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol, Rosi Steinberger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/6199, 17/6944

Demokratisierung der bayerischen Hochschulen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst zu berichten, welche Maßnahmen unternommen werden, um die Mitwirkungsmöglichkeiten der Studierenden an den bayerischen Hochschulen zu verbessern.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Inwiefern bietet das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst den bayerischen Studierendenvertretern und -vertreterinnen derzeit ein Forum, um – anknüpfend an die „Arbeitsgruppe zur Mitwirkung der Studierenden in den Hochschulen“ – gemeinsam über Möglichkeiten zur Verbesserung der Mitwirkung der Studierenden in den Hochschulen zu diskutieren?

2. Wie viele Treffen haben zwischen dem Staatsministerium und bayerischen Studierendenvertretern und -vertreterinnen stattgefunden, seitdem die Studierendenvertreter und -vertreterinnen ihren Rückzug aus der „Arbeitsgruppe zur Mitwirkung der Studierenden in den Hochschulen“ erklärt haben?
3. Welche Ergebnisse hatten die Treffen jeweils und inwiefern wurden die Ergebnisse umgesetzt?
4. Wie erklärt das Staatsministerium den Eklat vom 12. Januar 2015, als bei einem Treffen des Staatsministers und der Studienvertretungen diese die Veranstaltung aus Protest vorzeitig verließen?
5. Inwiefern wurden die einzelnen, im Entwurf des Abschlussberichts der Arbeitsgruppe „Studentische Mitwirkung“ formulierten Empfehlungen von der Staatsregierung bzw. von den einzelnen Hochschulen umgesetzt?
6. Welche bayerischen Hochschulen haben Abweichungsverordnungen erlassen, um die Mitwirkungsmöglichkeiten der Studierenden zu verbessern und welchen Inhalt haben diese Verordnungen konkret?
7. Weshalb spricht sich die Staatsregierung auch weiterhin als mittlerweile einziges Bundesland gegen die Wiedereinführung einer Verfassten Studierendenschaft aus?
8. Unter welchen Bedingungen könnte sich die Staatsregierung die Wiedereinführung einer Verfassten Studierendenschaft vorstellen?

Der Bericht soll bis spätestens 1. September 2015 gegeben werden.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident